



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Kayenburg (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung – Innenminister –

Gewaltsame Demonstration am Kernkraftwerk Brunsbüttel (Teilnahme von Abgeordneten) II

1. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, daß ein oder mehrere Abgeordnete/r des Landtages bzw. des Kreistages des Kreises Steinburg an der gewaltsamen Demonstration gegen den Abtransport benutzter Brennelemente aus dem KKW Brokdorf am 06.12.1993 teilgenommen hat/haben?

Nein.

2. Wenn zu 1. ja, wer war/en dies/e Abgeordnete/n?

Entfällt.

3. Ist der Landesregierung bekannt, ob im Sichtschutz von Transparenten von den Demonstranten Schotter aus dem Gleiskörper beim KKW Brunsbüttel entfernt wurde und ob diese Transparente gegebenenfalls von den Abgeordneten gem. Ziff. 1 gehalten wurden?

Nach derzeitigen Erkenntnissen sollen Demonstranten im Sichtschutz von Transparenten Schotter aus dem Gleiskörper beim Kernkraftwerk Brunsbüttel entfernt haben.

4. Wenn ja, wie beurteilt die Landesregierung diese Beschädigung des Bahngleises unter zivil- und/oder strafrechtlichen Gesichtspunkten und wie ist das Verhalten der Demonstranten, die die Transparente als Sichtschutz hielten, unter rechtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen?

Die Beschädigung des Bahngleises ist auf der Grundlage der derzeit vorhandenen Informationen über den Ablauf der Ereignisse als gemeinschädliche Sachbeschädigung (§ 304 StGB) und als unerlaubte Handlung (§ 823 BGB) zu bewerten.

Hinsichtlich des Haltens der Transparente kommen Beihilfe (§ 27 StGB, § 830 BGB) und/oder Mittäterschaft (§ 25 Abs. 2 StGB, § 830 BGB) in Betracht.

5. Ist das Halten der Transparente durch Abgeordnete zum Sichtschutz für derartige (ggf. Straf-)Taten anders als gem. Ziff. 4 zu beurteilen? Wenn ja, wie?

Ein etwaiges Halten der Transparente durch Abgeordnete würde keiner gesonderten straf- oder zivilrechtlichen Bewertung unterliegen.

6. Wenn die Teilnahme von eine/m/r oder mehreren Abgeordneten entsprechend stattgefunden hat, hält die Landesregierung dies jeweils mit dem Mandat von Abgeordneten für vereinbar bzw. generell für vertretbar?

Entfällt.